

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 1919.
Verleger: Kurt Norden (1918) und 1919.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 1919.
Verleger: Kurt Norden 1918.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erhebung auswärtsiger Bestellungen ist vorherige Einleitung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen und heißt bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M.

Berliner Organ

Inserate kosten die Nebenspalte des Kompartiments ober dem Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt 20 Pf., jedes weitere Blatt 15 Pf. Die dreispaltige Reklameweile 3 M., Teuerungszuschlag 30 %. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag frei. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 6 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, abgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nachdruck 2

Freitag, den 10. Januar 1919

Nummer 17

Einhalt dem Brudermord!

Der Schrei nach Einigung.

Der Zentralrat der Marine verbreitet folgendes Flugblatt: An alle Sozialisten, an die Reichsregierung! Nun ist's genug!

Mit tiefstem Mitleid haben wir die Führer der Reichssozialdemokratie und Bürger zum Kampfe gegen das Klassenbewußte Proletariat ausbloten. Täglich, stündlich bringt zu uns die Kunde von neuen erschwerenden Bruderkämpfen. Ein Meer ungeheurer Lüge hat sich über die Hauptstadt des Reiches ergossen.

Die Bourgeoisie triumphiert, und das Proletariat blutet, blutet wie nur je!

Sozialisten! Nun ist's genug!

Erkennt die Schande, seht die Schmach! Reizt Euch empor aus dem Schlaf, die die Lüge um sich wisst!

Sozialisten werdet wach! Sozialisten! Vereint! Euch! Ein Schrei nach Ruhe geht durch harige Brust die Soll; ein Schrei nach Befreiung seiner Leidenlage.

Was ist wieder geschehen? Wie fragen Augen: Was geschieht? Nur ein Geschick: Ein neues Massenmorden!

Der reines Verstand ist und Liebe hat zum Volk, kann immer sich auf Abzweigen stützen.

Genosse Scheidemann, Genosse Ebert, Nolke, Landsberg, Eichhorn! Habt Ihr das Volk noch lieb? Habt Ihr es je geliebt?

So hört die Stimmen, die mit Euch nicht mehr zufrieden sind, macht andern Männern Platz laßt Ehrgeiz nicht und hartem Eigenwillen des Quaders Richtschnur sein.

Das Blut des Volkes ist so kostbar denn Euer Blut; die Einigkeit der Massen des Volkes sei oberstes Gesetz!

Zentralrat der Marine.

Eine Kundgebung der Volksmarine-Division.

Eine Versammlung der Volksmarine-Division am 9. Januar im Maximal beschloß folgende Resolutionen:

Die Volksmarine-Division, die nur einen Bruchteil der in Berlin anwesenden Rotkrieger bildet, hat sich seit gestern die endbestimmtesten Führer neu gewählt. Die Volksmarine-Division erfüllt ihre Aufgabe in dem Schutze des ihr anvertrauten Rotkriegerkontingents (Kochschütz, Muscen, Salkhof, Schütz usw.) gegen jedweden Angriff.

In den nächsten Tagen bleibt die Volksmarine-Division als bewaffnete Macht neutral. Demgegenüber erwartet die Volksmarine-Division von der jetzigen Regierung eine Umbildung bzw. Neubildung des Kabinetts. Sie fordert vor allem, daß der Weg der Verhandlungen nicht verlassen werde, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden.

Walter Jung, Kommandant, Robert Grundke, Stellvertreter. Kontrollkommission: M. Schmidt, M. Markowitsch, G. Levi, Carl Gebach.

Kundgebungen aus Betrieben.

Die Arbeiter und Angestellten von Henkel haben folgenden Beschluß gefaßt: Um den Bürgerkrieg sofort zu beendigen, stellen sich die Revolver und Handpistolen der Firma G. J. Henkel einmütig auf den Boden der Kundgebung der Funktionäre der Betriebsrat der Brauereibesitzer Adlershof. Sie fordern die gesamte Arbeiterklasse Groß-Berlins auf, betriebweise diese Kundgebung zu unterstützen und ihre Zustimmung zu derselben in den Betrieben bekanntzugeben. Es wird erwartet, daß mit den in der Kundgebung bezeichnenden Volksbeauftragten Ebert und Scheidemann auch der Volkspräsident Eickhorn zurücktreten muß. — Eine gestern vormittag in Marie-Feld laufende Betriebsversammlung der Arbeiterklasse der Firma A. E. od. machte gleichfalls die Kundgebung zu der ihrigen. Es wurde eine Kommission, die zur Hilfe aus Abhängigen und Unabhängigen besteht, gewählt, um sie sofort den Volksbeauftragten zu unterbreiten. Die Kommission konnte nur dem Entschluß der Volksbeauftragten die Resolution überreichen. Ein Beschluß soll erfolgen heute, Freitag, 10. Uhr, Betriebsversammlung der Firma E. od. in Marienfelde.

Die Arbeiterklasse des Angellagerwerks der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin-Vorstadt (2000 Arbeiter), nahmen eine ähnliche Resolution an, deren Wortlaut sich im Anhangenteil dieser Nummer vorfindet.

Protest gegen die Regierung.

Die Donnerstag, den 9. Januar, zu einleitender Beratung einberufene Betriebsversammlung der 11000 Arbeiter und Angestellten der Bergmann-Elektrizitätswerke, die allen Richtungen der Sozialdemokratie angehören, ist zu der einmütigen Ansicht gekommen, daß die Ursache alles Bruderkrieges nur die Personen der jetzigen Volksbeauftragten sind, die infolgedessen ihre Posten sofort zu verlassen haben, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Dieser Beschluß ist dem Zentralrat telegraphisch mitgeteilt worden.

Der Arbeiterrat der Bergmann-Elektrizitätswerke. J. K.: Schmalde, Röhre, Brand, Volk, Wenzel, Tomisowski, Stahlberg, Simenowski, Zimmermann, Wenzel.

Der Oberste Marine-Rat der Niederelbe sendet aus Hamburg folgenden telegraphischen Protest:

Der Aufruf der Berliner Studenten zum Eintritt in die freiwilligen Regierungstruppen, besonders aber seine Befürwortung durch das Regierungsmitglied Nolke, bedeutet eine Verhöhnung der ganzen Revolution, eine Verleugung des revolutionären Charakters und einen Faustschlag in das Gesicht jedes ehrlichen Sozialisten. Einer Regierung, die den Geist von 1918 wieder heraufbeschwört, die einen neuen Kriegstaumel entfachen und das Volk abermals zur Schlachtabank führen will, können wir nicht mehr folgen. Wir müssen Männern, welche die Zeichen der Zeit nicht zu deuten wußten, die sich auf neue Kompromittieren, und die Bürger gegen die Arbeiter haben unser Vertrauen verfallen und fordern deshalb den Austritt von Scheidemann, Ebert, Landsberg und Nolke. Die neuzubildende Regierung muß mindestens aus 2 Kommunisten, 2 Unabhängigen und 2 Reichsozialisten bestehen.

Kriegskundgebung in Braunschweig gegen die Reichsregierung.

Am Dienstag demonstrierten die Braunschweiger Arbeiter und Soldaten in einer Menge von über 2000 gegen die Regierung Ebert-Scheidemann. Die Arbeiter waren zum Teil bewaffnet. Flugzeuge begleiteten den Zug. Die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“, der „Allgemeine Anzeiger“ und die „Landbesetzung“ wurden besetzt.

Die Redner, unter ihnen auch Genosse Berges, der Präsident der Braunschweiger Republik, gaben alle der Meinung Ausdruck, daß die Mitglieder der jetzigen Reichsregierung beseitigt werden müßten, damit ehrliche, energische Sozialisten an ihre Stelle treten könnten. Nur diese Kompromittieren und verhassten Persönlichkeiten ständen einer Einigung der proletarischen Massen im Wege.

Auswärtige Hilfe für die Gegenrevolution.

Riel, den 9. Januar. Drahtbericht der „Freiheit“. Ein Trupp von 2000 Mann Marine-Soldaten, fast durchweg Kapitänen, Deckoffiziere, Wante und Obermaat, ist gestern von Riel nach Berlin abgeföhren, um bei den Kämpfen in der Stadt auf Seiten der Regierungstruppen Verwendung zu finden. Der Volksbeauftragte Nolke hat den Mannschaften öffentlich versprochen, dafür zu sorgen, daß ihnen die Rangabzeichen nicht abgenommen werden können.

Freiwillige Regierungstruppen wurden am Vöhrer Bahnhof eingekleidet. Wie uns berichtet wird, hat man aus Posen ankommende Soldaten ohne weiteres in den Dienst genommen, ohne daß diese Leute darüber aufgeklärt worden sind. Zulässig ist dieses Verfahren nicht, weil es sich um mobile Truppen handelt, die zunächst ihren Truppenführern zugeführt werden müssen.

In letzter Stunde.

In diesen trüben Tagen wirkte die Kundgebung der 40000 wie die Sonnenstrahlen, die nach langer Zeit zum ersten Mal wieder den Nebeldunst durchdringen.

Der Ruf der Arbeiter der Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft und der Schwarzkopff-Betriebe nach Einigung zwischen den Arbeitern, um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, ist eine Tat, eine gute und nützliche Tat, sozialistischem Geiste entsprungen. Sie wird und muß gute Früchte tragen.

Die Kommission, die sich gestern zur Regierung und dem Zentralrat begeben hatte, verhandelte in den Abendstunden mit dem Zentralvorstand der U. S. V. D. Groß-Berlin. Der Zentralvorstand begrüßte das Vorgehen der Arbeiter und sahte darauf einmütig folgenden Beschluß, den die Kommission dem Zentralrat und der Regierung übermitteln wird:

Um die Fortsetzung des Brudermordes zu verhindern, ist der Zentralvorstand zu dem Versuch bereit, eine neue Verhandlungsgrundlage zu finden. Er schlägt deshalb vor, einen Waffenstillstand einzutreten zu lassen.

Er erklärt sich vor dem Eintritt in die Verhandlungen bereit, den „Vorwärts“ zu räumen, wenn die Verhandlungskommission der U. S. V. D. und der Schwarzkopffischen Werke von dem Zentralrat und der Regierung die Zusicherung erhält, daß die Verhandlungen in sozialistischem, verständlichen Geist geführt, die Differenzpunkte einer paritätisch zusammengesetzten Kommission überwiesen werden, und die endgültige Befehung des Polizei-Präsidenten nur im Einvernehmen mit der U. S. V. D. erfolgt.

Paul Schäbl, Richard Herbst, 1. Stellvertreter, Kassierer.

Nicht hat der Zentralrat und die Regierung das Wort. Sie hat das Eingehen in die sachlichen Verhandlungen abgelehnt, ehe nicht der „Vorwärts“ geräumt sei. Der Zentralvorstand erklärt sich bereit, selbst diese Bedingung zu erfüllen, um die Verhandlungen zu ermöglichen und eine Verständigung zu erzielen. Er will nur des einen Umstandes gewiß sein, daß nicht, wenn die Verhandlungen aus der Hand abgeben sind, die Regierung erst recht nicht verhandelt, sondern differtiert.

Was wird die Regierung was wird der Zentralrat tun? Noch einmal ist er vor die Wahl gestellt, ob er das Bündnis mit dem Bürgertum der Einigung mit der Arbeiterklasse vorzieht. Nochmals soll er entscheiden, ob er Offiziere und Studenten in den Kampf gegen Proletarier schicken will, ob er die Werbung unter den schlimmsten Feinden der Arbeiterklasse und des Sozialismus fortsetzen lassen will, er der sich Zentralrat der Sozialistischen Republik Deutschland nennt.

Wie die Würfel fallen werden, steht noch dahin. Aber die Situation hat sich geändert. Die Arbeiter sind endlich aktiv geworden, sie greifen selbst in ihr Geschick ein, sie erklären ernstlich den Führern, daß sie nicht Werkzeuge in ihren Händen sein wollen, daß sie es sind, die zu bestimmen haben und nicht die Führer.

Und die Arbeiter haben entschieden. In den beiden großen Betrieben, die den Anfang gemacht haben, neben Reichsozialisten neben Unabhängigen und Kommunisten. Nun, diese Arbeiter haben sich geeinigt und ihrem Beispiel werden morgen in Berlin und dann im Reich hunderttausende folgen.

Sie wollen keinen Bruderkrieg, sie wollen nicht, daß Arbeiter auf Arbeiter schießen, Revolutionäre Revolutionäre töten. Sie wollen es nicht, weil sie Sozialisten sind, weil sie alle die Befreiung der Arbeiterklasse, das Ende der sozialistischen Ausbeutung wollen und sich heute noch in welchem sozialistischen Parteigruppe immer stehen. Die Arbeiter vereinen, was schlechte Führung ist.

Die Arbeiter sind aktiv geworden, sie erinnern sich in entscheidender Stunde des tiefen Sinnes des Wortes: Die

Bestellung der Arbeiter.

Und darin liegt das Neue der Situation. In der Tat und Realisierung in ihrer veränderten Form ist die heute den einen Teil der Arbeiterschaft gegen den anderen, die das Bürgertum und das Offizierskorps zu Hilfe rufen gegen die eigenen Massenangehörigen, dann müssen sie anständig sein, daß die gesamte Arbeiterschaft einmütig Protest erhebt gegen solche Vorfälle, die zu so verwerflichen Resultaten führt. Dann werden die Ebert-Scheidemann halb Mörder sein ohne Arbeiter, die auch die Bourgeoisie, der sie nichts mehr nützen kann, beiseite läßt.

Neutralität und Regierung haben aber jetzt das Wort. Das letzte Wort aber werden die Arbeiter sprechen. Arbeiter, wir rufen Euch! Demonstriert Euren Willen, dem Brudermord Einhalt zu gebieten!

Zeigt Eure Entschlossenheit, Euch eure Revolution nicht verderben zu lassen von dem Unverstand und der Genußsucht Eurer Führer!

Breitet Euch von den Scheitlungen und seht Euch selbst als das, was Ihr seid, als Massengenossen, als Sozialdemokraten, als Kämpfer für das uns allen gemeinsame Ideal. Erkennt Euch selbst und Ihr werdet nicht mehr auf Euch verlassen, Ihr werdet nicht länger dulden, daß man Offiziere und Studenten gegen Euch bewaffnet. Erhebt Euch, schließt alle Varnuntschaft ab und rettet Eure, rettet unser aller gemeinsame Sache, die sozialistische Revolution des deutschen, des internationalen Proletariats!

Die Straßenkämpfe.

Am Dönhofsplatz.

Die Angriffe der Regierungstruppen auf das Rosse-Gebäude nahmen gestern nachmittags ihren Fortgang. Von allen Seiten arbeiteten sich die Angreifer heran, jeden Baum, jede Litzsäule als Deckung benutzend. Strategisch wichtige Gebäude wurden von oben mit Hilfe von Leitern erklommen, um von oben auf das Feuer auf den Rosse-Palast zu eröffnen und bald durch die Schüsse in das Mauerwerk, Staubwolken zeigten die Einschlagstellen. Auch von Dächern des Hausvogteiplatzes aus wurde das Feuer aufgenommen. Spannend wurde die Situation, als ein Regierungspanzertank die Jerusalem-Straße hinunterfuhr, in den Kampf einsteigend, ohne jedoch sichtbare Erfolge zu zeitigen. Nachdem von allen Seiten Beschörungen mit schweren Maschinengewehren herangezogen waren, steigerte sich die Heftigkeit zu einer Stärke, wie man es sonst nicht im Straßenkampf erlebt hatte. Bald traten Ambulanzen in Tätigkeit, um Verwundete fortzuschaffen. Gegen Abend wurde auch auf dem Turm der Jerusalem-Kirche ein Maschinengewehr eingeschaltet. Dieser Zeitpunkt mußte aber bald wieder aufgegeben werden. Ferner wurden von den Belagerten sämtliche Batterien ausgeschossen, so daß das ganze Viertel in Dunkel geriet. Bei Einbruch der Nacht war der Feuerkampf noch lebhaft im Gange. Gerüchtwiese soll auf dem Dönhofsplatz ein Feldgeschütz aufgestellt worden sein.

Am Alexanderplatz.

Hier haben die Aufständischen im Volksgelpräsidium ihre Hauptstelle. Nachmittags, um 4 Uhr, war der Platz von Mannschaften des Sicherheitsdienstes für Fußgänger abgeperrt, in Erwartung kommender Kämpfe. Wurde doch das Gerücht verbreitet, daß Regierungstruppen im Anmarsch seien, um das Volksgelpräsidium zu stürmen, was nur unter schweren Opfern möglich sein dürfte. Die revolutionären Arbeiter haben nicht nur das Volksgelpräsidium, sondern auch den Turm der Georgenkirche besetzt. Jedoch bis abends 11/10 Uhr blieb am Alexanderplatz alles ruhig.

Am Schleißchen Bahnhof

harrte die Belagerung um 7 Uhr ebenfalls des Angriffs. Sämtliche Zugangstüren zum Bahnhof waren abgesperrt. Außer einigen Klarmärschen ereignete sich nichts von Bedeutung.

Weitere Kämpfe.

Nachmittags, gegen 1 Uhr, kam es in der unteren Wilhelmstraße bei der Wagnerschen Druckerei zu lebhaften Feuerkämpfen zwischen Regierungstruppen und Spartakisten, die die Druckerei besetzt hatten.

Am Anhalter Bahnhof, der von Regierungstruppen besetzt ist, wurden ebenfalls Schüsse gewechselt.

In der Nacht zum Donnerstag sollen — wie und nachträglich berichtet wird — Spartakisten versucht haben, den Berliner Schachhof zu besetzen, was ihnen aber nicht gelungen sein soll. Auf beiden Seiten kostete der Kampf Tote und Verwundete.

Private Schießereien.

Von einem Augenzeugen wird uns berichtet: Ich war am Dienstag abend um 8 Uhr unter den Linden, dicht bei der Ausgangsseite des „Lokal-Angebot“, als plötzlich eine heftige Schießerei losging. Ich drückte mich sofort in dem nächsten Loggengang in Sicherheit und sah, daß Regierungstruppen auf ein vorübergehendes Privatlokal Schützengänge anlegten. Die juchzende Panik, die das Publikum ergriff, veranlaßte die Regierungssoldaten in lautes Gelächter auszubrechen. Sie hatten sich, wie sie sagten, nur einen Spaß erlaubt. Da aber mit schwerer Munition gekesselt wurde, hätte durch die Schießerei leicht ein größerer Verlust an Menschenleben eintreten können, wie es so auch an verschiedenen anderen Stellen geschehen ist.

Ein anderer Augenzeuger berichtet: Am 8. Januar abends beobachtete ich mit drei Kameraden unter den Linden, wie dort 20—30 junge Leute, Regierungstruppen, mitwiegend auf das Publikum schossen. Sie riefen: „Eroße Feil!“ und fügten dann auch gleich an zu schießen. Sie schienen alle betrunken zu sein. Unter Gewehrfeuer trat ein Soldat in die Soldaten heran und bemerkte, daß sie etwas in ihren Feldflaschen hatten. Später will er an der Ecke unter den Linden und der Friedrichstraße mehrere getretete Weinflaschen liegen gesehen haben. Auch Nigarren verlusten die Soldaten, das Stück zu 20 Pfg. Die Zuschauer, die sich zum Teil als Reichheitssozialisten bekannten, waren empört über das Gebahren der Soldaten.

Man kann es nur durch die aufreizende Propaganda von Seiten der Bürgerlichen und der Reichheitssozialisten erklären, daß rufmüßige Elemente unter den Soldaten sich derartige Ausschreitungen erlauben.

Regierungstruppen, die immer gefährlicher werden und die Soldaten, auf die sich die Lage zu fühlen und eine Gewalttätigkeit auszuüben, die zum Himmel schreit.

So erschienen am gestrigen Vormittag in der Automobilfabrik von Benz in Charlottenburg ein Offizier und mehrere bis an die Zähne bewaffnete Soldaten. Sie forderten die Herausgabe der fertigen Automobile, um darauf Maschinengewehre unterzubringen und mit diesen gegen revolutionäre Arbeiter vorzugehen. Die Arbeiter schickten darauf drei Vertrauensleute in den Hof mit dem Auftrag, dem Offizier zu erklären, daß sie nicht gewillt seien, Wagen herzustellen, mit denen der Brudermord betrieben wird.

Die Beauftragten kamen nicht dazu, dem Offizier die Wünsche der Arbeiter ruhig vorzutragen. Er und seine Soldaten richteten die Waffen auf die Vertrauensleute, und es wurde ihnen erklärt, daß sie der Gewalt zu weichen hätten. Außerdem wurde den Soldaten gesagt, daß sie die Handgranaten bereit halten sollten für den Fall, daß die Arbeiter etwas gegen den gewalttätigen Abtransport der Wagen unternehmen sollten.

Die Arbeiter hielten sofort eine Versammlung ab und protestierten gegen die Gewalttat. Das heißt zur Folge, daß der Offizier noch einige Mannschaften vom Charlottenburger Sicherheitsdienst zur Hilfe herbeirief. Leider ließen sich diese für den notwendigen Zweck mißbrauchen. Der Offizier erschien schließlich noch in der Arbeiterversammlung, erklärte dort, daß Recht vor Recht gehe, und schließlich wurden die Wagen abtransportiert.

Die Arbeiter beschloßen daraufhin, die Arbeit, die sie am Donnerstag wieder aufgenommen hatten, niederzulegen. Sie wollten einmütig bis Montag streiken, um auszuweisen, wie sich die weitere Politik der Regierung Ebert-Scheidemann entwickelt. Durch Versammlungen wie die des erwähnten Offiziers wird die Regierung sich auch den Hof derer anzuweisen, die bisher zu ihrer Gefolgschaft zählen. Gerade die Reichheitssozialisten des Benz-Werkes waren über das Vorgehen der Ebert-Scheidemann-Garde am heftigsten empört.

Dum-Dum-Geschosse gegen Wehrlose.

Die unerhörte Schleicherei, die in den Nachmittagsstunden des Mittwoch ununterbrochen die Linden durchdrang, verurteilte gegen Abend, daß wieder einige Tote und Verwundete das Pflaster deckten. Ein Samariter hob einen dieser Verwundeten auf und brachte ihn in die Wache am Zeughaus, wo er verbunden wurde. Der Samariter sah zu seinem Erstaunen auf den Rücken eine Anzahl Patronen herunterliegen, bei denen das Geschöß um a e lehrte in der Kugel war.

Diese Patronen müssen fabrikmäßig hergestellt worden sein und waren natürlich nicht zum Veranlassen auf den Rücken herab, sondern sie sind von den Regierungstruppen beim Schießen auf das Publikum verwendet worden. Diese Dum-Dum-Geschosse richten eine unangenehme Verletzung an. Sie sollen während des Krieges gegen „Feinde“ verwendet worden sein und die deutsche Presse konnte sich damals nicht genug darüber entrasten. Jetzt werden Dum-Dum-Geschosse gegen wehrlose Passanten gebraucht!

Uns ist wiederholt mitgeteilt worden, und wir haben auch bereits darüber berichtet, daß einige Opfer der Schießerei Wunden aufwiesen, die nicht von einem gewöhnlichen Infanteriegewehr, sondern nur von Dum-Dum-Geschossen herühren konnten. Und wurde ein derartiges Dum-Dum-Geschöß von dem betreffenden Samariter zur Verfügung gestellt. Falls sich das Kriegsministerium dafür interessieren sollte, stellen wir ihm das Geschöß gern zur Verfügung.

Eine Tatzache.

In der Stadt wird folgendes Flugblatt verbreitet, dessen Inhalt für sich selber spricht:

Am 9. Januar 1919 um 9 Uhr früh haben fünf Mann der Regierungstruppen (Zurbe-Garde) an der Ecke Schützen- und Lindenstraße einen Soldaten angegriffen und niedergeschlagen.

Unser Sanitätsmannschaften wollten den Schwerverwundeten unter dem Schutze des roten Kreuzes holen. Sie wurden von einer Uebermacht angegriffen — mit Kolben bearbeitet und gefangen genommen. Um den Schwerverwundeten haben sich die Regierungstruppen nicht gekümmert. Derselbe ist daher unterdessen auf dem Pflaster elend verblutet.

Wir fragen: Was ist eine Regierung wert, deren Verteidiger die einfachen Menschenpflichten mit Füßen treten?

Die Befehle der Firmen Rud. Rosse, Ullstein, Scherl und W. T. W.

bestehend aus hunderten Klassenbewußter Arbeiter und Soldaten der U. S. V. D. und kommunistischen Partei.

Mißlungene Quertreibereien.

Die Arbeiter der Firma Osb in Charlottenburg, die bisher tapfer die Sache der Revolution verteidigt haben, sollten gestern früh für die verwerfliche Politik der Reichheitssozialisten gewonnen werden. Der Versuch, der von dem Charlottenburger Volksgelpräsidiums Richter unternommen wurde, ist nämlich gescheitert. Die Arbeiter, die zu dem Zwecke versammelt waren, sich über die Wiederannahme der Arbeit schlüssig zu werden, gaben dem Herrn zu verstehen, daß sie für die Statpolitik der Ebert-Scheidemann-Regierung lediglich Mißgunst empfanden.

Es waren vor allem die Arbeiterratmitglieder, die den versammelten Kollegen auseinandersetzen, daß sie bisher nur durch Einigkeit es vermocht haben, dem Unternehmer Vorteile abzurufen und daß diese Einigkeit auch fernerhin nicht gelöst werden dürfe. So ist die letzte Lohnbewegung für die Arbeiter und Angehörigen des Werkes nur deshalb so günstig verlaufen, weil der Arbeiterrat ein gleichwertiges und entschlossenes Auftreten an den Tag setzte, sich um die Beschickungspolitik der Gewerkschaftsführer nicht kümmerte und die Arbeiter zur passiven Resistenz aufforderte, bis die Forderungen bewilligt waren. Der Gedanke der Einigkeit stand den Arbeitern denn auch so hoch, daß Herr Richter mit seinen Treiben glänzend abfiel. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Die Kollegen der Firma Osb wollen nicht Verpöchtigung der Arbeiterschaft, als Mittel von welcher Seite sie auch kommt, auf das Entschiedenste zurückweisen. Sie sind überzeugt, daß die Arbeiterschaft nur durch feste Geschlossenheit ihre Lage verbessern kann.

Die Kollegen sind bei weiterer der Verbesserung, daß die heutige Regierung durch ihre Maßnahmen nicht in der Lage ist, Ruhe und Ordnung zu schaffen. Sie fordern daher im Interesse der Arbeiterschaft die Befreiung dieser Regierung, um eine wirkliche Arbeiterregierung Platz zu machen, die das Vertrauen der Arbeiterschaft besitzt. Die Kollegen erklären noch wie vor, fest hinter ihren Arbeiterrat zu stehen.

Von den 700 versammelten Arbeitern und Angestellten stimmten nur 80 Personen gegen die Resolution. Es waren dies in der Hauptsache Meister und Angestellte, denen der zweite — politische — Teil der Resolution mißfiel.

Die Zurücknahme der Reichsdrucker.

Die Direktion der Reichsbank teilt über die Befreiung der Reichsdrucker durch Regierungstruppen folgendes mit:

„Die Zurückübernahme der Reichsdrucker ist in der Nacht zwischen 11 und 12 Uhr erfolgt. Ueber die Art und Weise, wie dies erfolgte, wollen wir aus begrifflichen Gründen nichts sagen. Es ist aber bemerkenswert, daß die Einnahme vollkommen reibungslos erfolgte. Die spartakistische Befreiung schloß die Regierungstruppen plötzlich vor sich sah. Die Truppen haben alle in der Reichsdrucker befindlichen Waffen mit der Munition beschlagnahmt. Wir betonen, daß durch die Befreiung nichts vom Staatseigentum entwendet worden ist. Eine bereits vorgenommene Untersuchung hat ergeben, daß alle Platten, die zum Druck der Banknoten dienen, unversehrt sind. Auch die Banknoten selbst sind unversehrt geblieben. Es sind lediglich einige Diebstähle an dem Eigentum der Beamten vorgekommen, die aber kaum ins Gewicht fallen und insgesamt den Betrag von 100 Mark kaum übersteigen dürften. Der Betrieb der Reichsdrucker ist wieder aufgenommen worden.“

Durch die Befreiungen der Reichsbankdirektion wurden die Lügennachrichten bürgerlicher Blätter widerlegt, die bereits von Plünderungen in der Reichsdrucker getrieben haben.

Die Regierung bewaffnet das Bürgerium.

Zimmer weiter giebt die Regierung in des bürgerliche und militärische Hochwasser. Koste ist ihr Bürgergeneral. Er hat sich aus Kiel Marineoffiziere verschrieben, die „im Kreu ergeben“ sind — so steht es in der „Arztzeitung“ zu lesen. Er hat sich von den bürgerlichen und feudalen Offizieren Schwören lassen, wie bürgerliche Blätter berichten darüber:

Das gesamte in Berlin weilende Offizierskorps hat sich auf Ehrenwort dem Oberkommandierenden von Berlin, dem Vollauftragten Koste, verpflichtet. Die Regierung ist zur Bildung von Offiziersbataillonen geschritten.

Er hat an die Studenten der Technischen Hochschule folgendes Telegramm geschickt:

Die Regierung ist für ein energisches Vorgehen gegen alle Außerordner, um der Entente keinen Vorwand zum Einmarsch in Deutschland zu geben. Ich fordere daher die Studentenschaft zur tätigen Mitarbeit auf und ersuche Sie, sich unter meinen Befehl zu stellen.

„Fechte nach der „Bürgerzeit“ auch er ist zur Stelle. Er ruft: „Zu den Waffen!“

Bürger und Arbeiter! Die von Verbrechern gefährdete Ordnung und Sicherheit unserer Reichshauptstadt erfordert unverzügliche energische militärische Maßnahmen. Die Reichsregierung ist fest entschlossen, Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen. Eure Pflicht ist es, ihr dabei zu helfen. Wir fordern jeden wehrfähigen gedienten Mann auf, sofort in die republikanische Volkswacht einzutreten.

Reidet Euch sofort!

beim Regimentsmajor Reinhard, Koste, Kofers des 4. Garde-Regiments z. Fuß; bei der Garde-Kavallerie-Division, Dahlem, Pöblichstr. 78.

Die Bedingungen sind: Koste's Gehalt für alle Dienstgrade und 5 Mark pro Kopf und Tag, kurze Rindigungsfrist, freie Unterbringung und Verpflegung, Entlassungsgeld und Entschädigung.

Keiner darf zurückbleiben! Auch der gestern versammelte Bürgerrat hat sich einmütig zu den Waffen gemeldet!

Folgt uns!

Der Bürgerrat von Groß-Berlin, Dr.-Ing. W. Koch.

Und die bürgerliche Presse hebt, sich die Hände reißend, immer weiter. „Wir brauchen Latenz!“ ruft die „Tägliche Rundschau“ im Anschluß an den obigen Bürger-Aufruf. Und sie preist das alte System, das die politische Aufklärung im Meer unterdrückt. Das sagt das Wort der Offiziere, der Offiziere, mit deren Hilfe Koste die revolutionären Arbeiter Berlin niederzermalen will.

Das sind die Stützen, das ist die Reihgarde der „sozialistischen“ Regierung Ebert-Scheidemann: Studenten, Offiziere, bellende Bürgerjungen und die Kriegshäher der bürgerlichen Presse.

Wir fragen nur: wie lange will die Klasse des mehrheitlich sozialistischen Proletariats es noch dulden, daß ihre Regierung die Bourgeoisie und die Gegenrevolution bewaffnet?

Zum selben Thema schreibt man uns:

Wie die „Tägliche Rundschau“ mitteilt, ist jetzt der Schwerpunkt des Berliner Volksgelpräsidiums nach dem Charlottenburger Volksgelpräsidium verlegt worden, dessen Präsident Richter jetzt zusammen mit dem Minister Ernst die Leitung der Berliner Polizei übernimmt. Damit habe die Regierung eine neue größere Stütze erhalten. Daß diese Stütze der Regierung aber in der Hauptsache aus Studenten, Bürgern und Offizieren besteht, davon konnte sich gestern jeder überzeugen, der das Treiben am Ebert-Charlottenplatz beobachtete. Vor dem Volksgelpräsidium und der Schule standen viele Autos mit Maschinengewehren, die hier mit Munition und Mannschaften ausgerüstet wurden. Offiziere kommandierten wie früher, und die große Stimmung dieser Gegenrevolutionäre zeigte, wessen Geschäfte die Ebert-Scheidemann betreiben, wenn sie die Träger der alten Armee bewaffnen. Das ganze Treiben vor dem Volksgelpräsidium zeigte die Schaltung, die diese Leute in der Kriegsführung auch gegen die eigene Bevölkerung bestanden, und es erweckte den Eindruck, als wenn alles planmäßig vorbereitet worden sei.

Daß die Regierung für Donnerstag Nachmittag den Beginn ihres großen Kampfes gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Berlins geplant hat, geht aus der Tatsache hervor,

Arbeiter, Arbeiterinnen, Soldaten!

Sonntag, den 12. Januar, 1 Uhr nachmittags:

6 große Massenversammlungen!

Humboldthain, Friedrichshain, Lustgarten, Tiergarten, am Görlitzer Bahnhof, am Kreuzberg.

Erscheint in Massen!

Der Propaganda-Ausschuß.

Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, daß das Reichs-Verkehrsamt Donnerstag mittags die übrigen Reichsbehörden aufforderte, die Bureaus um 1 Uhr zu schließen, da um 3 Uhr große Kämpfe in der Stadt einsetzen würden. Daraufhin haben die Reichsbehörden sofort ihre Angestellten nach Hause geschickt. Einzelne von ihnen, z. B. die Zentralratsangestellte, hat ihren Angestellten gleichfalls mitgeteilt, daß sie erst am Montag wieder ihre Tätigkeit zu beginnen brauchen.

Hilfsgruppen für Berlin in Leipzig aufgehalten.

Leipzig, 9. Januar. Am Bahnhof Leipzig verhielten sich Truppen den Durchzug von Truppenteilen, die nach Berlin bestimmt waren. Es entspannen sich gestern nacht und heute früh Feuergefechte mit den Mannschaften der angehaltenenzüge. Das Militär verlor unbedeutend. Die Truppen eroberten sich heute früh um 8 Uhr neuen Kämpfen. Die Truppen eroberten sich heute früh um 8 Uhr neuen Kämpfen. Die Truppen eroberten sich heute früh um 8 Uhr neuen Kämpfen.

Helfershelfer der Gegenrevolution.

Am Anfang Dezember wurde in Hamburg ein gegenrevolutionärer Ausschuss gebildet, der sich gegen die radikalen Mitglieder des A. und S. Rates richtete. In einer am 4. Januar stattgefundenen Sitzung des A. und S. Rates in Hamburg erklärte Genosse Dr. Herz Bericht über das Ergebnis der darüber angestellten Untersuchung. Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, daß einer der geistigen Leiter der arbeiterteindlichen Gegenrevolution, Dr. Blund, über den Plan, die radikalen Mitglieder des A. und S. Rates gewaltsam durch andere zu ersetzen, mit den mehrheitlich sozialistischen Redaktoren des „Hamburger Echo“ Skolten und Krause Rücksprache genommen hat. Diese aber haben, obwohl ihnen der gegenrevolutionäre Charakter des Ausschusses doch ohne weiteres klar sein mußte, dem A. und S. Rat auch nicht eine Silbe davon mitgeteilt. Sie haben sich also des Vertrauens würdig erwiesen, das bürgerliche Gegenrevolutionäre ihnen geschenkt haben!

Scheidemanns Mission.

Während auf seinen Befehl in den Straßen Berlins der Bruderkampf losbrach, hat sich Scheidemann von einem Holländer interviewen lassen. Wie sich die Generale und Häupter in der Gruppe interviewen ließen, während vorn in den Gräben das Blut ihrer Soldaten floß. Und er hat genau so gesprochen wie früher der Kaiser. Er hat von „seiner Mission“ gesprochen. Er hat behauptet, er „ginge lieber heute als morgen“, aber er könne sich seiner „Mission“ nicht entziehen. Während Hunderttausende Millionen von Arbeitern und Soldaten im ganzen Reich fürwahr seinen Abschied fordern, hat dieser Mann die Stille, von seiner „Mission“ zu sprechen. Worin besteht Ihre Mission Herr Scheidemann? Sie haben bis zum 9. November die Revolution zu verhindern gesucht. Heute bewaffnen Sie Offiziere, Studenten und jeden bürgerlichen Schieber, der sich Ihnen anbietet gegen die revolutionären Arbeiter Berlins. Ist das Ihre Mission? Ist das die Forderung, die Sie zu erfüllen haben? Sie haben nur noch eine Forderung zu erfüllen: abtreten und denen Platz machen, die eifrig für den Sozialismus arbeiten wollen, die das Vertrauen der Massen besitzen, das Sie schon längst verloren haben!

Ueberflüssig.

Der Vorsitzende des Zentralrates Weiner verbreitet durch „Telunion“ folgende Rundgebung: Der in Berlin weilende Nabel hat die ausländischen Sparskasisten ermahnt, auszuhalten, bis russische Truppen hereinkommen. Der Soldatenrat der 10. Armee würde die Russen durchlassen. Von der Front wird uns mitgeteilt, der Durchmarsch der Russen sei ganz abgeschlossen. Kein Soldatenrat duldet ein Einmischen der russischen Truppen in unsere revolutionären Kämpfe. Die Behauptung Nabels ist sinnlos und eine Verleumdung des deutschen Proletariats, dessen Ehre an der Front leidet. Die Rundgebung Weinerts erscheint uns ebenso überflüssig wie eine etwaige Forderung Nabels lächerlich. Wir vermögen nicht nachzuprüfen, ob er sie wirklich getan hat. Kein vernünftiger Proletarier würde sie aber ernst nehmen, geschweige denn sie zum Gegenstand einer hoch-offiziellen Rundgebung des Zentralrats machen.

Eine Pflichtstellung.

Der Soldatenrat des 8. Garde-Regiments z. B. schreibt uns: Durch verschiedene Berliner Tageszeitungen wurde die Nachricht verbreitet, das 8. Garde-Regiment z. B. sei zu den Sparskasisten übergetreten. Diese Nachricht ist unzutreffend. Das 8. Garde-Regiment z. B. steht 3. Republikanisches Garde-Regiment, steht hinter der Regierung, auf dem Boden der Nationalversammlung. Das Regiment verlangt aber von der Regierung, daß sie diejenigen Maßnahmen ergreife, die notwendig sind, um eine Fortentwicklung des schwer darniederliegenden Wirtschaftslebens zu gewährleisten, um Leben und Eigentum aller deutschen Volksgenossen zu schützen, also so regiert, daß Ordnung, Gesetz und Recht in der neuen deutschen Republik zur Geltung kommen.

Beginn der Friedensgesprächungen am 18. Januar.

Genf, 9. Januar. Präsident Wilson hatte gestern nach seiner Rückkehr aus Italien eine längere Konferenz mit der Friedensabordnung der Vereinigten Staaten in Paris. Der Tag, an dem die gemeinsamen Verhandlungen der Entente-Vertreter über die Ausfertigung der Friedensbedingungen beginnen sollen, wird erst festgesetzt, wenn Wilson von seiner Reise nach Nordfrankreich und Belgien nach Paris zurückkehrt. Dem „Pöner Prozeß“ zufolge dürften über diese Vorbereitungen zwischen den Großmächten noch mehrere Tage hingehen, so daß die eigentlichen Friedensgesprächungen erst am 18. Januar eröffnet werden. Bei dieser Konferenz werden Frankreich, England, die Vereinigten Staaten und Japan durch 5 Vertreter, Belgien, Serbien, Griechenland, Rumänien und Portugal durch 3 Abgeordnete vertreten sein. Alle übrigen Länder mit zwei Vertretern.

Die Wahlfreiheit der Beamten.

Berlin, 9. Januar. Die preussische Regierung erklärt an alle preussischen Beamten die folgende Bekanntmachung: „Zur Beachtung der in den verschiedenen Stellen werden die Beamten darauf hingewiesen, daß ihnen außerhalb des Diensts jede ihrer Überzeugung entsprechende politische Betätigung freisteht; indessen haben sie dabei die Grenzen innegulden, die ihnen die Rücksicht auf die Unparteilichkeit ihrer Amtsführung auferlegt. Unzulässig ist insbesondere jede Betätigung amtlicher und politischer Tätigkeit. Insbesondere darf das Vorkommnis niemals zu einer Einwirkung auf die politische Bestimmung und Bestätigung dienstlich unterstellter Personen mißbraucht werden. Ebenso selbstverständlich wie die Wahrung der Wahlfreiheit der Beamten ist, daß kein Beamter die in seiner Hand befindliche amtliche oder soziale Macht zur Einwirkung auf die Abstimmung der Wähler benutzen darf.“

Groß-Berlin.

Der Straßenbahnerstreik beendet.

Vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts wurden Mittwoch abend die Lohnforderungen der Straßenbahner verhandelt. Es wurde ein Schiedspruch gefällt, dessen wesentliche Punkte sind: 1. Dem Fahrpersonal wird die von der Direktion in Vorschlag gebrachte einmalige Zulage in Abzügen bis zur Maximalhöhe von 500 Mark für jede Person am 12. d. M. zur Auszahlung gebracht. 2. In dem bisherigen Lohnsatz soll eine derartige Zulage gewährt werden, daß sich daraus zusammen mit den bisherigen Bezügen und Teuerungszulagen ein monatliches Gesamtinkommen wie folgt ergibt: a) Angestelltes Fahrpersonal Anfangsgehalt 400 Mark, steigend jährlich um 10 Mark für den Monat bis zum Höchstbetrage von 500 Mark. Bis Anfangsjahr für das Anfangsgehalt ist das Jahr des Dienstbeginns zu betrachten. b) Schaffnerinnen und sonstiges weibliches Personal, sowie Stredemwärter, Wagenwäscher, Rangierer, Wächter und Bodenarbeiter, Tagelohn 11 Mark und zwei bezahlte Tage im Monat. Alle in irgendwelcher Form gewährten Zulagen kommen in Fortfall. 3. Diese erhöhten Lohnsätze treten mit Wirkung vom 1. Januar 1919 in Kraft. Das Einigungsamt anerkennt, daß diese Lohn-erhöhung ohne eine entsprechende Jahressparungsmaßnahme auf die Dauer nicht möglich ist. Unter der Voraussetzung, daß eine solche Jahressparungsmaßnahme spätestens am 20. Januar 1919 ab bewilligt ist, haben diese erhöhten Lohnsätze Gültigkeit bis zum 31. März 1919. 4. Die Arbeit ist spätestens am Donnerstag, den 9. Januar, 3 Uhr nachmittags, wieder aufzunehmen. Der Schiedspruch ist von der Direktion der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft wie auch von den gestern vormittag im Sitkus-Ossa versammelt gewesenen Straßenbahnern angenommen worden. Gestern nachmittag wurde der Betrieb wieder aufgenommen. Der Streik hat also nur eine Dauer von etwa 40 Stunden gehabt.

Achtung Arbeiterräte!

Die Volksversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte findet am Dienstag, den 14. Januar, vorm. 10 Uhr, in den Germania-Sälen statt.

Alle Räte werden noch bekanntgegeben. In der am Freitag, den 10. Januar, in den Sophien-Sälen stattfindenden Volksversammlung der Kommunalen Arbeiterräte haben die Groß-Berliner Arbeiterräte keinen Zutritt, sondern nur die Mitglieder der Arbeiterräte, die in den Stadt- bzw. Gemeindevorstellungen die Kontrolle ausüben. Die Mitglieder der kommunalen Arbeiterräte erhalten die Einladungen von ihrem Vorstand. Der Vollzugsrat der A. und S.-Räte Groß-Berlins.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Der Demobilisierungs-Ausschuß Groß-Berlin hat in seiner Sitzung am 9. Januar beschlossen, die Unterstützungssätze für Arbeitslose folgendermaßen festzusetzen: a) männliche Arbeitslose: 14-16 Jahre 3 M., 16-18 Jahre 4 M., 18-20 Jahre 5 M. 50 Pf.; über 20 Jahre unterbeurlaubt 7 M., über 20 Jahre beurlaubt 8 M.; b) weibliche Arbeitslose: 14-16 Jahre 2 M. 50 Pf., 16-18 Jahre 3 M., 18-20 Jahre 4 M., über 20 Jahre 5 M.; c) Familiengeldsätze: für Ehefrau 1 M., für jedes Kind 1 M. 50 Pf.

Die Unterstützung wird für die sechs Wochentage gezahlt. Falls Ermärken angegeben werden, wird der dafür zu leistende Betrag von vorstehenden Sätzen in Abzug gebracht. Die neuen Sätze gelten vom Montag, den 8. Januar ab. Aus technischen Gründen wird die Nachzahlung des Unterschiedes zwischen den früheren und jetzigen Sätzen erst bei der monatlichen Auszahlung erfolgen. Bei der Erwerbslosenunterstützung bei verletzter Arbeitskraft treten die neuen Sätze am Montag, den 13. Januar, in Kraft.

Die Streiktruppenproletarier erwachen.

Am 9. Januar fand in den Sophien-Sälen eine von der Vereinigung Stellungloser Handlungsgehilfen einberufene Versammlung statt, die trotz der schlechten Verhältnisse derart überfüllt war, daß noch die Galerien zu Hilfe genommen werden mußten. Es wurde von der Versammlung einstimmig betont, daß sowohl die Regierung als auch die bestehenden Handlungsgehilfenverbände bis jetzt so gut wie gar nichts getan haben, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die zahlreichen Redner, die betonten, daß die Handlungsgehilfen Seite an Seite mit den Arbeitern kämpfen müssen, fanden stürmischen Beifall. Alle Stellunglosen Handlungsgehilfen und Kaufleute werden ersucht, um 10 Uhr, an der Potsdamer Brücke zu erscheinen, um eine Kundendemonstration zu veranstalten. Also, auf zur Tat!

Die Stadtverordnetenversammlung, die gestern stattfand, war die erste in diesem Jahre; sie schloß ab von der vorjährigen. Seit Menschengedenken wird die erste Stadtverordnetenversammlung mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet. Die Sozialdemokraten begannen sich immer erst in den Saal, wenn das Hoch verklungen war. In den Jahren, in denen neu- oder wiedergewählte Stadtverordnete eingeführt wurden, blieben unsere Leute im Saal gemächlich sitzen, wenn die anderen Stadtverordneten das Hoch auf den Kaiser stehend ausbrachten. Jetzt ist es aus mit dem Kaiserhoch.

Die ersten vorliegenden Vorlagen waren wenig belangreich, sie gelangten ohne Debatte zur Annahme. Bemerkenswert sei, daß in den letzten Tagen die Gasarbeiter Lohnforderungen stellten und mit dem Ausbleiben drohten. Verhandlungen ergaben, daß sofort den Wünschen der Arbeiter entgegengekommen wurde. Genosse Weinberg verhandelte mit den Arbeitern. Das Ergebnis ist eine Lohnerhöhung, die für den Etat der Stadt Berlin eine jährliche Ausgabe von 21 Millionen ausmacht.

Lebensmittellisten.

Konowstr. Am Freitag, den 10. d. M., vormittags von 9-11 Uhr, findet in den Verkaufsstellen der Gemeinde auf folgende Nummern des Adressbuches der Verkauf von Fischbrot statt: Winkel Nr. 4381-4390; Müller 830-838; Frommstr. 5101 bis 5103; Andow 3001-3005 und 1905-1909; Bismarckstr. 5901 bis 6100. Vom Dienstag, den 9. d. M. ab werden bei hiesigen Fischhändlern die Fischkarten zu 2 Liter voll verteilt.

Aus den Organisationen.

H. S. F. D. Neulika. Freitag, den 10. Januar, 7 1/2 Uhr, Extrastunde, Vorbereitung der Arbeiter. Alle Arbeiter der H. S. F. D., welche sich zu Arbeiterbetrieben zur Verfügung stellen wollen, haben sich in ihren Lokalen pünktlich einzufinden. Die Wahlkommission. Arbeiterliste. Freitag, den 10. Januar, findet bei Reuter, Lindenbühlendamm 104, eine öffentliche Frauenversammlung statt. Regen Besuch erwartet die Eindrucksfeier.

Unabhängige Sozialdemokrat. Partei Berlin.

Sonnabend, 11. November 1919, abends 7 Uhr: Öffentliche Volksversammlung im Stadthaus, Eingang Klosterstraße. Tagesordnung: Revolution und Nationalversammlung. Referent: Genosse Dr. Weinberg. Der Propaganda-Ausschuß, J. A. K. Sieck.

Stellunglose Handlungsgehilfen!

Es gilt zu beweisen, daß wir nicht mehr gewillt sind, uns am Gängelband führen zu lassen. Wir wollen unser Geschick selbst in die Hand nehmen. Auf zur Massendemonstration! Treffpunkt am Freitag, um 10 Uhr vorm. an der Potsdamer Brücke. Auf zur Tat! Der Worte sind genug gefallen, nun laßt uns endlich Taten sehen.

10 Botenfrauen

gegen gute Belohnung für die „Freiheit“ verlangt P. Vietz, Neumarkt 22/23. Einrichtung: Säge und Kiste, ungeschliffen, preiswert zu verkaufen. Leitzing, Lichtenberg, Odestr. 19, von 12 bis 6.

Werkzeuge

Kleinmaschinen, Motoren, Apparate, Kopierdrucks, sowie alle elektrischen Maschinen, auch alle elektrischen Werkzeuge, Klein- u. Groß- (Alexanderplatz) Telefon Alexander 4782.

Spediteure!

Uebrig Exzentere der Nr. 44 der „Freiheit“ bitten wir umgehend in der Hauptexpeditionen Schillingendamm 19 aufzunehmen.

Inserate

Für den darauffolgenden Tag müssen spätestens 12 Uhr Sonnabend bis 2 Uhr nachm. bei der Expedition Schillingendamm 19 aufzunehmen sein.

